

DER TAGESSPIEGEL

RERUM CAUSAS
COGNOSCERE

Trachten und Prügel:
Der Kampf um
den CSU-Parteivorsitz – Seite 3

Die **Mafia** ist Staat im
Staate – und nicht nur
Schießverein – Seite 28

BERLIN, MONTAG, 20. AUGUST 2007 / 63. JAHRGANG / NR. 19 642

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 0,85 €, AUSWÄRTS 1,00 €

Koalition beendet Sommerpause

BERLIN - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zum Ende der Sommerpause hohe Erwartungen an die zweite Hälfte der Wahlperiode geweckt - und Weichenstellungen für Jahrzehnte versprochen. Vor der Kabinettsklausur am Donnerstag und Freitag im brandenburgischen Meseberg kommt Merkel an diesem Montag mit SPD-Chef Kurt Beck, dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber und Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) zusammen. Die Regierung will dort ein Maßnahmenpaket zum Klimaschutz verabschieden sowie eine „nationale Bildungsoffensive“ auf den Weg bringen. Eine Entscheidung über die Erhöhung von Hartz-IV-Leistungen fällt laut Merkel dagegen frühestens Ende des Jahres.

BUNDESLIGA

Hamburger SV – Bayer Leverkusen	1:0
Energie Cottbus – VfL Bochum	1:2

res - zu groß sind die Meinungsverschiedenheiten mit der SPD, die eine Anhebung an die Einführung eines Mindestlohnes knüpfen will.

Linksfraktionsvize Bodo Ramelow verlangte: „Die Koalition muss in Meseberg Nägel mit Köpfen machen, damit die Menschen am Aufschwung teilhaben können.“ Doch wer die Entscheidung über Hartz IV und Mindestlohn aufs Jahresende verschiebt, „macht nichts weiter als Ankündigungspolitik“. Weiter sagte er dem Tagesspiegel: „Klimaschutz auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, eine Bildungsoffensive, die soziale Ausgrenzung nicht angreift, und eine kleinmütige Reaktion auf die internationale Finanzkrise – die Regierung Merkel wird in Meseberg keine Weichen für Jahrzehnte stellen, sondern höchstens ein bisschen das Stellwerkhäuschen anstreichen.“ Grünen-Fraktionschef Fritz Kuhn sagte der Nachrichtenagentur ddp, CDU, CSU und SPD planten nur eine „parteiliche PR-Veranstaltung“. MATTHIAS MEISNER

— Seiten 2 und 4



Heiße Luft

Hoch hinaus. Heißluftballons fahren während der 15. Europameisterschaften der Heißluftballonfahrer über Magdeburg. Insgesamt 83 Teilnehmer aus 24 Ländern sind gemeldet. Der bis zum 23. August laufende Wettbewerb wird nach Angaben der Veranstalter zum ersten Mal in der 30-jährigen Geschichte in Deutschland ausgetragen. Foto: Jens Wolf/dpa

In Kabul entführte Deutsche ist frei

Afghanische Polizei bestätigt Befreiungsaktion / Helfer verlassen das Land

BERLIN/KABUL - Die in Kabul entführte Deutsche Christina M. ist von der afghanischen Polizei befreit worden. „Die Geisel ist befreit worden“, sagte der Sprecher des afghanischen Innenministeriums, Samara Baschari, in der Nacht zum Montag in Kabul. Der Innenminister und der Geheimdienstchef hätten persönlich mitgewirkt. „Ja, wir haben sie erfolgreich befreit“, sagte auch ein an der Befreiungsaktion beteiligter Polizist. „Vier Terroristen“ seien festgenommen worden.

Die 31-jährige Christina M. war am Samstagmittag in Kabul von bewaffneten Männern aus einem Restaurant verschleppt worden. Sie arbeitet als Büroleiterin der christliche Hilfsorganisation ora

international in Kabul. Nach einem Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“ hatte Christina M. vor der Entführung geplant, im Oktober nach Baden-Württemberg zurückzukehren, um in der Heimat ihr erstes Kind zur Welt zu bringen. Ein privater afghanischer Fernsehsender hatte am Sonntag ein Video der Entführten ausgestrahlt. Sie sagte, es gehe ihr gut. Sie werde nicht bedroht.

Am Sonntag gab es auch ein Lebenszeichen nach Informationen des Tagesspiegel stellen, dass die Preise für Heizöl und Benzin deutlich steigen. Die Experten der US-Investmentbank Goldman Sachs halten nach Informationen des Tagesspiegel Notierungen für Rohöl von 90 bis 95 US-Dollar je Barrel (159 Liter) für möglich – ein Plus von rund 30 Prozent. In jedem Fall rechnen sie damit, dass sich der Ölpreis auf absehbare Zeit über der Marke von 70 Dollar halten wird. Tsp

verschlechtert und er frage sich, warum nicht endlich gezahlt werde, um diese Sache zu beenden. Rudolf B. habe gefordert, die deutsche Botschaft müsse mehr Druck auf die Entführer ausüben. Auf Nachfrage hätten deutsche Behörden bestätigt, dass es sich tatsächlich um die Stimme von Rudolf B. handele.

Nach den Entführungsfällen sehen sich Hilfsorganisationen bestärkt, die ihre Einsätze in Afghanistan beendet oder stark eingeschränkt haben. Die meisten arbeiten nur noch mit einem deutschen Mitarbeiter vor Ort. Zuletzt haben die Malteser ihren Rückzug angekündigt. Malteser-Sprecherin Claudia Kaminski sagte dem Tagesspiegel, der letzte deutsche Mitar-

beiter werde im Oktober zurückkehren. Selbst eine Organisation wie „Help“, die vor 26 Jahren von Bundestagsabgeordneten als Afghanistan-Hilfe gegründet worden war, ist inzwischen nur noch mit einem deutschen Mitarbeiter in Herat vertreten. Die Welthungerhilfe, die im März einen Mitarbeiter verloren hat, der von den Taliban erschossen worden war, beginnt derzeit keine neuen Projekte mehr. Katja Maurer, Sprecherin von Medico International, sagte: „Es wird immer schwieriger.“ Medico International unterstützt einheimische Minenräumorganisationen. deh/ddp/AP/dpa/AFP

— Seiten 2 und 5

Trotz Verbots: 169 Wettbüros in Berlin

BERLIN - In Berlin gibt es noch immer 169 Anbieter privater Sportwetten – obwohl das Bundesverfassungsgericht dem Staat vor eininhalb Jahren die Aufrechterhaltung des Wettmonopols zugestanden hat. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Inneres haben seither erst 165 von früher 334 Anbietern geschlossen. Die übrigen Anbieter haben bei der Europäischen Kommission Beschwerde eingereicht. Sie fordern eine Teilliberalisierung des deutschen Wettmarktes. ball

— Seite 9

BVG streicht Sitzplätze in U-Bahnen

BERLIN - In den Fahrzeugen der Berliner Verkehrsbetriebe BVG gibt es auf zahlreichen Linien weniger Platz. Bei der U-Bahn lässt das Unternehmen Züge mit weniger Wagen fahren, bei der Straßenbahn gibt es durch den Einsatz anderer Fahrzeugtypen ein geringeres Sitzplatzangebot. Die BVG passt nach eigenen Angaben ihr Angebot dem Bedarf an. Zudem will die BVG durch den Einsatz anderer Fahrzeuge unwirtschaftliche und laute Straßenbahnen stilllegen. kt

— Seite 12 und Meinungsseite

Heizöl und Benzin werden teurer

BERLIN - Hausbesitzer und Autofahrer müssen sich in diesem Winter darauf einstellen, dass die Preise für Heizöl und Benzin deutlich steigen. Die Experten der US-Investmentbank Goldman Sachs halten nach Informationen des Tagesspiegel Notierungen für Rohöl von 90 bis 95 US-Dollar je Barrel (159 Liter) für möglich – ein Plus von rund 30 Prozent. In jedem Fall rechnen sie damit, dass sich der Ölpreis auf absehbare Zeit über der Marke von 70 Dollar halten wird. Tsp

— Seite 15

Hurrikan „Dean“ – Reiseveranstalter setzen Flüge aus

HANNOVER - Wegen des Hurrikans „Dean“ lässt Europas größter Reiseveranstalter Tui bis Dienstag keine Touristen nach Cancun (Mexiko) starten. Auch Reiseveranstalter Thomas Cook sagte für diesen Zeitraum alle geplanten Flüge nach Cancun ab. Bei Tui sind rund 250, bei Thomas Cook rund 100 Kunden betroffen. Beide Reiseveranstalter sowie Neckermann haben insgesamt rund 1500 Urlauber in Mexiko und Kuba in sichere Hotels umquartiert. „Dean“ bedrohte am Sonntag Jamaika und Haiti. Er wird am Dienstagmorgen in Mexiko erwartet. dpa

Präsident Putin lässt sich im Urlaub beim Angeln und auf dem Pferd ablichten. Wer ist der bessere Cowboy: Bush oder Putin?

Das weiß, „WmdW“ nicht, hat er doch weder den einen noch den anderen beim scharfen Galopp oder Lassoschwingen beobachtet. Ex-KGB-Mann Putin kann aber bestimmt besser mit der „Makarov“ (Automatikpistole) hantieren. Interessant bei Putin ist, dass er sich wie einst Peter der Große verwestlicht gibt, eine westliche Ikonographie kopiert, aber nicht wirklich westlich ist. Er bleibt wie Zar Peter, der sich den Traditionsbart abrasierte, ein Autokrat, und er modernisiert wie der, also ohne zu demokratisieren oder in der Tiefe zu liberalisieren. Der große Pjotr war übrigens ein großer Expansionist, was Putin auf seine sanftere Weise auch ist.

Der deutsche Stabschef der Isaf, Bruno Kasdorf, fordert mehr Truppen für Afghanistan. Soll er die kriegen?

Ja, und zwar nicht, weil die Isaf dadurch

Vier Fragen an Josef Joffe

Was macht die Welt?



Raubkatzen im selben Revier beobachten und Tui-Reisende zu Welterziehern umschulen

einen schnellen Sieg davontrüge. Den gibt im Kampf mit Terroristen und Guerillas nicht. Vielmehr gilt es, jenen den Sieg zu verweigern, damit Afghanistan nicht wieder zum Terrorstützpunkt wird. Das kann Jahrzehnte dauern, aber es ist tatsächlich besser, die internationale des Terrors am Hindukusch als in Hindelang zu bekämpfen, um Strucks geflügeltes Wort mit der gebührenden Klischeefreudigkeit aufzunehmen.

Die Shanghai-Organisation will zum Gegenspieler der Nato werden. Wie gefährlich kann das für den Westen werden?

Dass Russland, China und die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens ein einziges Bündnis von Brüdern werden, ist so wahrscheinlich wie eine Anti-Schia-Allianz der Sunni-Staaten. Riad und Kairo zusammen gegen Iran? Die Zentralasiaten wollen vor allem ihre Unabhängigkeit gegenüber Moskau bewahren. China und Russland – beide Mächte der Welt – mit einer endlosen ge-

meinsamen Grenze – teilen das Harmoniebedürfnis zweier Raubkatzen im selben Revier. Derlei Bündnis ist so stabil wie die Große Koalition von SPD und Union in einem Wahljahr.

Ein Wort zur deutschen Außenpolitik ...

Zum mustergültigen Außenpolitiker, der Steinmeier das Fürchten lehrt, ist Günter Nook aufgestiegen, der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, der Millionen deutscher Touristen zu freien Mitarbeitern seines Amtes machen will. Die sollen überall bei Döner oder Mojito „kritische Fragen“ stellen, um das Unrechtsbewusstsein ihrer Gastgeber zu schärfen (Unterdrückung; Korruption, Ehrenmord, Steinigung etc.) Das werden die Araber, Türken, Kubaner, Russen, Afrikaner und Chinesen richtig schätzen. Schließlich lieben sie ja auch unsere BMWs und Benze. Jeder Tui-Mensch ein Welterzieher.

— Der Autor ist Herausgeber der „Zeit“. Fragen: mos.

INDEX

DIE NEBENBEIGUCKER 27
Fernsehen, wenn der Fernseher läuft – muss nicht sein. Essen, telefonieren, bügeln, das summiert sich auf 52 Minuten der täglichen Sehdauer.

ELTERN AUFGEPASST 16
Schon im Alter von sieben Jahren können Kinder schadenersatzpflichtig werden. Welche Versicherungen Eltern brauchen.

WETTER 2
Der Regen kommt zurück: Bei zumeist starker Bewölkung gibt es heute schauerartige und gewittrige Niederschläge. Die Sonne lässt sich aber gelegentlich sehen.

BRANDENBURG 13
SPORT 19 – 22
WISSEN & FORSCHEN 25
TAGESTIPPS 26
MEDIEN/ TV-PROGRAMM 27
IMPRESSUM & ADRESSEN 4

TEL. REDAKTION (030) 26009-0
TEL. ABO-SERVICE (030) 26009-500

Österreich 1,15 € / Türkei 2,60 YTL / Spanien 1,15 € / Belgien 1,15 € / Dänemark 13 DKK / Tschechien 52 CZK / Polen 6,20 PLN / Italien 1,15 € ISSN 1865-2263

Beats aus Berlin
Seeds spielen drei Tage lang in der Wuhlheide. Seite 11



Markt und Moral Wenn sie wissen, was sie tun

VON URSULA WEIDENFELD

Als die amerikanische Zentralbank am Freitagnachmittag völlig überraschend die Zinsen für Bankkredite senkte, kehrte für wenige Minuten noch einmal Euphorie in die Börsensäle der Welt zurück. Die Kurse gingen binnen Sekunden steil nach oben. So, als sei etwas passiert, was der Weltwirtschaft eine neue Richtung, neue Hoffnung geben würde. Ein tief greifendes Ereignis, wie wenn sich Osama bin Laden selbst an die amerikanische Regierung ausliefern und dem Terror für immer abschwören würde. Das hat nicht stattgefunden. Die Federal Reserve Bank hat nur mitgeteilt, dass sie künftig den Banken Geld billiger zur Verfügung stellen will als bisher.

Niemand sollte sich Illusionen über die Dramatik der Situation machen, die auch nach der Feuerreaktion der Fed bestehen bleibt. Am Freitag stellten weitere Immobilienfinanzierer in den USA ihr Geschäft ein, am Wochenende musste in Deutschland mit der Sachsen LB die zweite Bank binnen 14 Tagen durch eine milliardenschwere Solidaritätsaktion anderer Banken vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Die amerikanische Notenbank hat den Märkten das Signal gegeben, alles tun zu wollen, um sie am Laufen zu halten. Aber sie hat ihnen auch das Signal gegeben, dass man im Zweifel diejenigen herauskaufen wird, die die Krise durch Wetten auf immer komplizierter gestrickte Finanzprodukte erst verursacht haben. Und das, bevor irgendeiner sagen könnte, wie viele Banken welche Risiken am Ende in ihre Bücher nehmen müssen. Auch die Europäische Zentralbank, auch die Steuerzahler werden sich an dieser Strategie beteiligen müssen: Es ist zum Beispiel in Deutschland nicht vorstellbar, dass man eine Landesbank aufgibt. Das Land Berlin und seine Bürger haben vor Jahren Milliarden für die misslungene Geschäftspolitik ihrer Banken gezahlt, das Land Sachsen und seine Bürger würden das auch für ihre Bank tun müssen. In Berlin kann man heute noch besichtigen, wie viel Wohlstand, politische Entwicklung und Gestaltungskraft solche Gewaltmaßnahmen langfristig kosten.

Es ist nicht nur ärgerlich, wenn ausgerechnet denen geholfen wird, die ihr Geld in riskante Fonds gesteckt und in der Vergangenheit oft genug Millionengewinne nach Hause getragen haben, es ist auch schädlich. Denn noch sind die Folgen der Vertrauenskrise nicht in der realen Weltwirtschaft angekommen. Noch stellen die Firmen ein, noch weisen die Unternehmen Rekordgewinne aus. Es hat zu diesem Zeitpunkt also noch keine unmittelbare Notwendigkeit gegeben, den Erfindern der Hedgefonds, den Konstrukteuren der Anleihen auf gebündelte Immobilienkredite und den Händlern von obligatorischen Wertpapieren mitzuteilen, dass sie auf ihren offenen und verdeckten Risiken am Ende nicht sitzen bleiben werden. Das kommt einer impliziten Aufforderung gleich, weiterzumachen. Erst wenn die Folgen der Vertrauenskrise zu einer echten Wirtschaftskrise werden, reales Wachstum, richtige Arbeitsplätze und wirklichen Wohlstand kosten, nimmt man zähneknirschend in Kauf, dass auch die Falschen davonkommen könnten.

Es ist – bei allem Respekt – ein bisschen wohlfeil, jetzt mehr Kontrolle und Transparenz der Finanzmärkte zu fordern. Ohne Zweifel, Transparenz ist immer gut. Doch dieselben Regierungen, die in den vergangenen Jahren die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen haben, dass Banken ihre Immobilienkredite bündeln und kapitalmarktfähig machen können, klagten nun laut darüber, dass diese Möglichkeiten genutzt wurden. Wenn nun das große Rad bei der Immobilienfinanzierung, den Anleihen auf diese Finanzierungen, den Wetten auf diese Anleihen und den Optionen auf diese Wetten gestoppt wird, dann geht die nächste Welle woanders los. Man hat noch nicht gehört, dass sich irgendwer jüngst Sorgen über das amerikanische Leistungsbilanzdefizit gemacht hat. Niemand scheint zu bemerken, dass der Ölpreis auf neue Höhen steigt. Auch an diesen Sachverhalten hängen Termingeschäfte, Optionen, Kursrisikopapiere und Wetten darauf. An handfesten Risiken mangelt es der Weltwirtschaft zurzeit wahrhaftig nicht.